

Antrag

der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Sören Pellmann, Heidi Reichinnek, Jörg Cezanne, Anke Domscheit-Berg, Susanne Ferschl, Christian Görke, Cornelia Möhring, Martina Renner, Kathrin Vogler und der Gruppe Die Linke

Waffenstillstand für Gaza und Israel sofort

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 7. Oktober 2023 hat der bislang schlimmste Terrorangriff auf Jüdinnen und Juden seit der Shoa stattgefunden. 1.200 vor allem israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger wurden durch die terroristische und islamistische Hamas ermordet, noch immer befinden sich mehr als hundert Geiseln in der Gewalt der Hamas. Diese Verbrechen sind unmenschlich und müssen aufs Schärfste verurteilt werden. Wir verurteilen das unfassbare Ausmaß sexualisierter Gewalt am 7. Oktober 2023. Deutschland hat eine besondere Verantwortung, jüdisches Leben zu schützen, Israels Sicherheit zu gewährleisten und entschlossen gegen Antisemitismus vorzugehen.

Israel wird seit dem 7. Oktober weiterhin von Hisbollah und Hamas mit Raketen angegriffen. Israel hat, wie jedes andere Land auch, das Recht auf Selbstverteidigung, allerdings ist die Reaktion der rechtsgerichteten Netanjahu-Regierung völlig überzogen.

In Reaktion auf den 7. Oktober wurden in Folge des Krieges Israels gegen die Hamas laut Statistischem Bundesamt bis zum 11. März 2024 31.112 Palästinenserinnen und Palästinenser getötet und 72.760 Palästinenserinnen und Palästinenser verletzt, zum Teil schwer.

Die gesamte Bevölkerung Gazas leidet unter Hunger, Hunderttausende sind akut vom Hungertod bedroht. Laut UN-Flüchtlingshilfswerk waren schon zum 5. Januar 2024 85 Prozent der Bevölkerung Gazas vertrieben.

Auch im Westjordanland wurden nach dem 7. Oktober 2023 laut Statistischem Bundesamt bis zum 11. März 2024 417 Palästinenserinnen und Palästinenser getötet und 4.665 Palästinenserinnen und Palästinenser verletzt, teilweise schwer.

Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu und seine Regierung setzen ungeachtet der großen Anzahl an Opfern auf palästinensischer Seite nicht auf eine Verhandlungslösung, sondern auf die weitere Bombardierung des Gazastreifens und den Einmarsch der israelischen Armee in Rafah.

Schon am 8. November 2023 hat der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, sowohl der Hamas als auch Israel Kriegsverbrechen vorgeworfen. Die Terrorangriffe der Hamas im Süden Israels seien „abscheulich, brutal und schockierend, sie waren Kriegsverbrechen – ebenso wie die anhaltende Geiselnahme“. Die Militärschläge Israels und die Abriegelung des Gazastreifens seither behinderten die

humanitäre Hilfe: „Die kollektive Bestrafung palästinensischer Zivilisten durch Israel stellt ebenfalls ein Kriegsverbrechen dar, ebenso wie die unrechtmäßige Zwangsevakuation von Zivilisten.“

Die Bundesregierung fordert zurecht die Freilassung der von der Hamas entführten Geiseln und inzwischen auch eine Feuerpause. Sie versucht auch, humanitäre Hilfe für die Gaza-Bevölkerung zu leisten. Die Genehmigungen für Waffenlieferungen wurden auch während des Krieges fortgesetzt.

Eine Feuerpause reicht nicht mehr aus. Es muss unverzüglich einen Waffenstillstand geben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

alle zur Verfügung stehenden Kommunikationswege zu allen Beteiligten des Krieges zu nutzen, um eine Freilassung der Geiseln und ein Ende des Krieges und damit des Blutvergießens und der Zerstörungen zu erreichen. Die Bundesregierung setzt sich ein für

1. die Freilassung der Geiseln – notfalls durch einen Austausch von Geiseln gegen in Israel inhaftierte Palästinenserinnen und Palästinenser;
2. die klare Verurteilung sämtlicher terroristischen Bestrebungen der Hamas;
3. einen unverzüglichen Waffenstillstand: Künftig dürfen weder Raketen auf Israel abgeschossen noch Bomben auf Gaza abgeworfen werden;
4. ein Ende der Waffenlieferungen durch Deutschland an Israel;
5. einen Ausbau der humanitären Hilfen nach Gaza an Hilfsorganisationen in Palästina;
6. die Einrichtung eines humanitären Aufnahmeprogramms zur Behandlung und Rehabilitation schwer Verletzter auf EU-Ebene.

Berlin, den 19. März 2024

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Gruppe